

mitteln, die unumgänglich ist, wenn die gesetzlichen Lohnnebenkosten gesenkt werden sollen. Von daher muß das Steueraufkommen in einem überschaubaren Zeitraum stabilisiert und zugleich gerechter aufgebracht werden. Notwendig sind daher

- die Entlastung der Einkommen der unteren und mittleren Einkommensgruppen von Steuern und Abgaben,
- die Förderung von arbeitsplatzschaffenden und sichernden Investitionen und Innovationen,
- ein gerechtes und einfaches Steuersystem,
- die Steuerharmonisierung in Europa,
- die Besteuerung von großen privaten Vermögenswerten und von Spekulationsgewinnen.

Leistungen der sozialen Sicherung müssen dahingehend überprüft werden, ob sie zielgenau und effektiv eingesetzt sind. Überflüssige Bürokratie muss abgebaut, die Versicherungspflicht ausgedehnt werden. Mittelfristig müssen die gesetzliche Sozialversicherung, betriebliche und tarifvertragliche Zusatzversorgung und private Eigenvorsorge in ein neues Gleichgewicht gebracht werden.

#### **Sechstens: Eine gerechtere Vermögensverteilung**

Die Korrektur der ungerechten Vermögensverteilung ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, aber auch ein Weg, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker an Gewinnen zu beteiligen, und auch um bei kleineren und mittleren Unternehmen die Eigenkapitalbasis zu verbessern.

Die Beteiligung der Beschäftigten an ihren Unternehmen muss gegen Risiken abgesichert werden. Die Beteiligung am Produktivvermögen über Tarifverträge und gemeinsame Einrichtungen der Sozialpartner muss steuerlich gefördert werden.

#### **Siebtens: Ein sozialer und beschäftigungsfördernder Prozess der europäischen Einigung**

Die Vollendung des Binnenmarktes und die gemeinsame Währung bieten Chancen für neue und sichere Arbeitsplätze, da sie Währungsrisiken vermindern und Wettbewerbsnachteile durch Aufwertung innerhalb der Währungsunion verhindern. Andererseits hat die bisherige monetaristisch bestimmte Europapolitik zu Beschäftigungsverlusten und zum Abbau des Sozialstaates geführt. Kritiker warnen vor Restriktionen für die Tarifpolitik, die Abwanderung von Arbeitsplätzen in Regionen mit Billiglohnniveau und neue Formen von Sozialdumping. Zudem besteht die Gefahr, dass in einem einheitlichen Binnenmarkt sich Unternehmen nationalen Mitbestimmungsrechten und tarifvertraglichen Verpflichtungen entziehen.

Die Gewerkschaften wollen Chancen nutzen und Risiken mindern

- durch die Verankerung von Grundprinzipien industrieller Beziehungen wie Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen in einer europäischen Mitbestimmungscharta,
- durch die Mitbestimmung in der Europäischen Aktiengesellschaft unter Wahrung der deutschen Mitbestimmungsstandards,
- durch die Sicherung der Gewerkschaftsfreiheit und das Recht auf kollektive Vereinbarungen über nationale Grenzen hinweg,
- durch europäische Mindestnormen gegen Lohn- und Sozialdumping,
- durch ein europäisches Programm für Zukunftsinvestitionen und Innovationen,
- durch eine gezielte europäische Technologie- und Innovationspolitik,
- durch Hilfen für strukturschwache Regionen,
- durch die Förderung der europäischen Dimension in der Aus- und Weiterbildung.

## **Zukunftsinvestition Jugend**

### **Acht Thesen für eine neue Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik**

(Wortlaut)

*Hohe Jugendarbeitslosigkeit gefährdet die ökonomisch-sozialen Grundlagen einer modernen Gesellschaft im besonderen Maße. Medienwirksam hatte Walter Riester, designierter Arbeitsminister, während des Bundestagswahlkampfes immer wieder darauf hingewiesen und Besserung in Aussicht gestellt, falls die SPD an die Regierung käme. Nun am Zuge, vereinbarte man in den rot-grünen Koalitionsverhandlungen ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das zunächst die Einrichtung von 100 000 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen vorsieht.*

Wissenschaftliche Expertisen könnte die Politik aus einer Reihe von Veranstaltungen und Foren beziehen, die während des Wahljahres zum Thema stattfanden. Zu diesen zählt etwa das Symposium vom 24.4.1998 in Bonn („Zukunftsinvestition Jugend – Sicherung der Minimalqualifikation für den Arbeitsmarkt, Konfliktschlichtung und moralische Erziehung als öffentliche Aufgaben“), anlässlich dessen „Acht Thesen für eine neue Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik“ verabschiedet wurden. Insgesamt 13 namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Richtungen, wie die Sozialpolitologin Ilona Ostner, der Kriminologe Christian Pfeiffer und der Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer, zeichneten als Initiative „Jugend und Bildung“. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Nikolaus-Koch-Stiftung (Trier) sowie der Freudenberg Stiftung (Weinheim). Letztere publizierte auch ein Memorandum zum Thema Ausbildungskrise mit „Zwanzig Empfehlungen“, das eine Gruppe Sachverständiger aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und sozialer Praxis erarbeitete und dem Bundespräsidenten im Juni diesen Jahres überreichte. –D.Red.

Bildung als Bürgerrecht wurde vor dreißig Jahren vor allem im Hinblick auf den Zugang zur höheren Schule und zur Universität verkündet. Dies hat in allen modernen Industrienationen zu einer eindrucksvollen Steigerung der Zahl der Hochschulabsolventen, des Potentials an Wissenschaftlern, Experten und Führungskräften und damit auch ganz entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften beigetragen. Das Gegenstück zu jener wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern, die leistungsorientiert und -fähig weiterführende Schulen besuchen, bilden jene Jugendlichen, die Schule als Sackgasse erleben und die fehlenden Perspektiven in depressivem Rückzug oder gesteigerter Aggressivität zu bewältigen suchen. Es ist keine Kritik an den betroffenen Schulen, sondern ein Hinweis auf die Probleme, die ihnen aufgeladen werden, wenn wir daher feststellen:

*These I: Der begrüßenswerte Ausbau des Bildungswesens in den letzten dreißig Jahren hat unbeabsichtigte Nebenfolgen gehabt: In Hauptschulen, Sonderschulen, manchen Berufsbildenden Schulen und Gesamtschulen (vor allem in problembelasteten Einzugsgebieten) sammeln sich diejenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - in der Konkurrenz nicht mithalten konnten. Dort kommt es immer mehr zu Aggressivität und Gewalttätigkeit, wie beispielsweise in der Statistik der gesetzlichen Unfallversicherer deutlich wird.*

Räumliche Mobilität und die Entwicklung des Wohnungsmarktes haben zur Trennung von Bevölkerungsgruppen geführt: Problemfamilien sammeln sich in vernachlässigten Innenstadtebenen oder in Trabantenstädten der sechziger Jahre. Aktive Jugendliche bewältigen den Mangel an Bedeutsamkeit und ihre Entwertung durch Bandenbildung und setzen sich in Revierkämpfen in Szene. Wenn abwärtsbedrohte oder absteigende Bevölkerungsgruppen dann mit Einwanderern um den öffentlichen Raum und um die Sprache in der Schule konkurrieren, bräut sich eine explosive Mischung zusammen. Daher gilt:

*These II: Die heutige Bildungskatastrophe findet – weithin unbeachtet, aber zunehmend gewalttätig – in den multiethnischen Randzonen der großen Städte und den Aussiedlerghettos auf dem flachen Lande statt. Es bedarf dann vielfach nur kleiner Anlässe, damit der Funke überspringt und es zum Ausbruch von Gewalt und Kriminalität kommt. Auch an den Schulen dieser Gebiete sollte Bildung Bürgerrecht sein.*

Freilich sollte dies nicht nur im Sinne kognitiver Wissensvermittlung, sondern auch im Sinne eines sozialen Lernens verwirklicht werden, das Konfliktschlichtung in den Mittelpunkt rückt. Dies wird um so bedeutsamer, weil in unserer Gesellschaft durch interne Ausdifferenzierung von unterschiedlichen Lebensstilen und durch Zuwanderung die kulturelle Vielfalt zunimmt. Verunsicherte Menschen fühlen sich durch die Konfrontation mit fremden Lebensweisen irritiert, werten Fremde ab und erklären sie zu Feinden. Daher:

*These III: Die Bereitschaft, die Dinge mit den Augen anderer zu sehen und die Fähigkeit, Konflikte friedlich zu regulieren, sind Schlüsselqualifikationen, die in Schule und Unterricht ebenso vermittelt werden müssen wie die fundamentalen Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens. Die Aus- und Fortbildung der Lehrer ist auf diese Anforderungen nicht vorbereitet. Es ist dringend, die Lehrerbildung entsprechend zu reformieren.*

Soziales Lernen wird sich allerdings nicht auf den Vormittag beschränken lassen. Während in anderen Ländern die Ganztagschule der Regelfall ist, rechnen wir in Deutschland immer

noch mit der Verfügbarkeit der Eltern für die Betreuung von Hausaufgaben und die moralische Erziehung am Nachmittag. Daher:

*These IV: Wir brauchen Schulen, in denen auch am Nachmittag eine qualifizierte Betreuung und Förderung der Schüler stattfindet, damit jugendeigene Cliquen (und das Fernsehen) in der Freizeit nicht allein darüber entscheiden, welche Moral gelernt wird.*

Die Aggressionsbereitschaft von Jugendlichen wächst, wenn die Wege in die Erwachsenenwelt durch Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit blockiert sind. Kriminelle Ersatzkarrieren werden dann attraktiv. Der Arbeitsmarkt kann folglich wesentlich dazu beitragen, ob sich aggressive Cliquen verfestigen. Rein zeitlich geht die Zunahme der Jugenddelinquenz bis 1982 und dann wieder ab 1992 mit der Steigerung von Jugendarbeitslosigkeit einher. Heute hat die Mikroelektronik viele Arbeitsplätze überflüssig gemacht, in denen Menschen mit einfacheren intellektuellen Fähigkeiten ihre Chancen hatten. Die verschärfte weltwirtschaftliche Konkurrenz läßt die Marktgeltung niedriger (und auch traditioneller) Qualifikationen weiter sinken. Nicht nur Einheimische, sondern erst recht Jugendliche aus Einwanderergruppen haben darum Anlaß, Mißerfolge auf dem Arbeitsmarkt in Banden zu kompensieren und mittels Gewaltdrohung Respekt oder gar Herrschaft in ihrem Stadtviertel anzustreben. Sie bieten dann ein ideales Rekrutierungsfeld für die niederen Dienste in den Mafiabanden aus den Heimatländern. Daher ist abzusehen:

*These V: Die Konsequenzen der Ausgrenzung großer Gruppen von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt werden in Form von Verelendung, Slumbildung und Bandenkriminalität auch die Sicherheit und das Lebensgefühl der gesellschaftlichen Gruppen beeinträchtigen, die mit ihrer qualifizierten Arbeitskraft oder durch ihren ererbten Besitz (noch) konkurrenzfähig sind.*

Daher kommt es jetzt darauf an, arbeitslose Jugendliche nicht wie bisher der Sozialhilfe zu überlassen, sondern für sie (wie in den Niederlanden und Dänemark) Lehrstellen oder zeitweise subventionierte Arbeitsplätze zu schaffen, in denen ihre Arbeitsfähigkeit als solche, und zwar ohne Schul- und Prüfungssituationen, aufgebaut und verstetigt wird. Andere Jugendliche brauchen ausbildungsbegleitende Hilfen, um die Hürde der Prüfungen vor den Kammern nehmen zu können. Da in unserer Gesellschaft die schulisch erfolgreichen jungen Leute ihre Ausbildung an den Hochschulen staatlich finanziert bekommen, die schulisch weniger erfolgreichen dagegen ihre Ausbildung durch Arbeitsleistung selber finanzieren müssen, ist es moralisch nicht zu rechtfertigen, daß sie auf der Straße stehen, sobald sich das für die Firmen nicht mehr rechnet. Daraus folgt:

*These VI: Wir hielten es lange Zeit für selbstverständlich, daß – öffentlich finanziert – akademische Qualifikationen für den Arbeitsmarkt bereitgestellt werden. Mindestens ebenso wichtig dürfte es heute und in Zukunft sein, die Minimalqualifikationen für den Arbeitsmarkt bei den Jugendlichen öffentlich zu sichern, bei denen dies durch die Betriebe nicht erfolgt.*

Auch wenn das Problem der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit dadurch nicht gelöst wird: Die Überwindung des Bildungselends in den Schulen belasteter Wohngebiete, die Herstellung von Qualifikationen für Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt sonst nicht konkurrenzfähig sind, die Gewährleistung sozialer und innerer Sicherheit, die Regulierung von Einwanderungsschüben und die Integration von Einwanderern – all dies sind dramatische Zukunftsaufgaben, denen sich Staat und Gesellschaft unausweichlich stellen müssen. Auch dort, wo diese Aufgaben delegiert oder privatisiert werden können, wird die Finanzierung letztlich als Gemeinschaftsaufgabe von allen aufgebracht werden müssen. Ein schlanker Staat ist schön, ein ausgehungert Staat kann seine elementaren Aufgaben nicht mehr erfüllen. Daher:

*These VII: Der Staat hat die Aufgaben zu erfüllen, die weder vom Markt, noch von Bürgergemeinschaften übernommen werden können: Wir brauchen gute Schulen für die Verlierer der Bildungsexpansion, wir brauchen Arbeitsförderung für die „Opfer“ von – Mikroelektronik und Globalisierung, aufsuchende Sozialarbeit und präsenzte Polizei – sonst werden eines Tages die „Besserverdienenden“ ihre Häuser befestigen und ihre Wohngebiete sichern müssen.*

Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht akzeptabel, wenn die Parteien fast ausschließlich über Modelle der Senkung direkter Steuern debattieren und nichts zur Finanzierung der drängenden Gemeinschaftsaufgaben sagen. Sie sollten wissen: Die Bürger sind bereit, zusätzliche Leistungen zu erbringen, wenn vertrauenswürdige Politikerinnen und Politiker ihnen deren Notwendigkeit für die Sicherung des inneren Friedens und die Wahrung des Wohlstands deut-

lich machen. Dies wäre schon bei der deutschen Vereinigung so gewesen, und dies gilt auch heute. These VIII lautet daher:

*These VIII: Ein wirklich gebildeter Bürger ist bereit, sich zur Unterstützung der Schulen und in der Jugendarbeit zu engagieren, bei der Qualifizierung von Jugendlichen zu helfen, in Projekten der kriminalpräventiven Räte mitzuarbeiten, sich aktiv um die Integration von Einwanderern zu kümmern. Und er ist willens, Steuern zu zahlen, d.h. dem Staat zu geben, was der Staat braucht, damit der innere Frieden gewahrt bleibt.*

## Die Republik als moralische Anstalt?

Aus New York kommend hat das Konzept der „zero tolerance“ in diesem Herbst auch die intellektuelle Szene Frankreichs erreicht. (Zu dieser vgl. auch den Beitrag von Karin Priester im vorliegenden Heft.) Acht renommierte Autoren der Linken im weitesten Sinne, sonst oft zerstritten, haben sich zusammengetan und in „Le Monde“ (4. 9. 1998) einen ganzseitigen Aufruf publiziert („Républicains, n'ayons plus peur!“), der gegen so gut wie alle Regeln der politischen Korrektheit verstößt. „Kommen Sie wieder zu sich, meine Damen und Herren Professoren!“ antwortete 14 Tage darauf („Le Monde“, 17. 9. 1998) Alain Minc, bekannter Publizist und eine Art Chefideologe des liberalen Establishments, und zog den Law & Order-Appell „unter dem Deckmantel der Republik“ ins Lächerliche. Ins gleiche Horn stieß in derselben Ausgabe der Rechtswissenschaftler Jean-Jacques Dupeyroux. – Gezeichnet haben den Appell Régis Debray, der Schriftsteller Max Gallo, der Publizist Jacques Julliard („Nouvel Observateur“), die Philosophieprofessorin Blandine Kriegel, der Chefredakteur der Zeitschrift „Esprit“ Olivier Mongin, die Historikerin Mona Ozouf sowie Anicet Le Pors, Minister a.D., und Paul Thibaud, vor Mongin langjähriger „Esprit“-Chef. Nachstehend der Wortlaut ihres Textes sowie Alain Minc's Replik in eigener Übersetzung. – D.Red.

**Republikaner, laßt uns die Angst überwinden! – Beitrag von Régis Debray, Max Gallo, Jacques Julliard, Blandine Kriegel, Olivier Mongin, Mona Ozouf, Anicet Le Pors und Paul Thibaud in „Le Monde“ vom 4. September 1998 (Wortlaut)**

Wir, die Unterzeichner haben oft heftig miteinander gestritten. „Pro-Europäer“, die in der Europäischen Union ein Mittel gegen die ungezügelte Globalisierung sehen, contra „Maastricht-Gegner“, die gerade die EU als deren trojanisches Pferd betrachten, Befürworter versus Gegner der französischen Beteiligung am Golf-Krieg, „erste“ gegen „zweite“ Linke. Ohne von unseren durchaus handfesten Kontroversen zu lassen, scheint uns doch die Zeit gekommen, gemeinsam einen zur Zeit noch dringenderen Streit zu führen.

Der Anwendung des Gesetzes entgegenzuwirken, ist zum ABC des politischen Handelns der Interessengruppen geworden. Man verstehe uns recht: Es gibt in der Geschichte einer Gesellschaft singuläre Momente, wo das Gesetz derart offensichtlich gleichbedeutend ist mit Ungerechtigkeit, daß Widerstand zur ersten Bürgerpflicht wird. Die Verfassung des Jahres I (1791) sah diese Möglichkeit sogar ausdrücklich vor. Dennoch hieße die dauerhafte Etablierung der Rechtspraxis außerhalb des Gesetzes, die Grundlagen der Demokratie zu zerstören und sie durch ein bloßes Spiel der Kräfte zu ersetzen. So reicht es mittlerweile aus, daß eine Gruppe sich als zornig (en colère) bezeichnet, und schon spricht dieser – zwangsläufig legitime – Zorn sie frei. So entsteht eine neue Sozialphilosophie: die des Konsumenten anstelle des Staatsbürgers, die des Hilfeempfängers anstelle des Anspruchsberechtigten, die des Opfers anstelle des Aktivisten. Die öffentliche Meinung glaubt mittlerweile, daß es keine übergeordneten Normen mehr gibt, sondern nur noch spezifische Situationen, die fallweise zu regeln sind. Unter dem Vorwand positiver Diskriminierung werden die Vorkämpfer der Gerechtigkeit aufgefordert, sich wie Barmherzige Schwestern zu verhalten.